

Jan Kirchmayr (SP) interessiert als Zusatzfrage ebenfalls, *worum es sich bei den administrativen Tätigkeiten handle und wie diese reduziert werden können.*

Marc Schinzels (FDP) Zusatzfrage ist grundsätzlicher Art: *Ist es aus Sicht des Regierungsrats die richtige Prioritätensetzung, wenn mehr Personen für die Abarbeitung von administrativen Angelegenheiten delegiert und von der Strasse weggenommen werden? Soweit Marc Schinzel bekannt ist, wurde dies in der Justiz- und Sicherheitskommission anders behandelt und es wurden andere Prioritäten gesetzt.*

Für **Peter Riebli** (SVP) kann es nicht der Sinn der Polizei sein, Schreibtischtäter zu werden. Zusatzfrage: *Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass die Polizei stattdessen und statt im Büro zu versauern kriminelle Taten auf der Strasse verhindern sollte? Was kann dagegen unternommen werden?*

Marco Agostini (Grüne) verweist auf Frage 3, in welcher die Rede von einer Aufstockung ist. Zusatzfrage: *Ist die Meinung, dass ausschliesslich neue Bewerbende oder auch interne Bewerbende aufgenommen werden sollen? Würde es sich nur um neue handeln, wären jene mit Aufenthaltsbewilligung zum vornherein ausgeschlossen.*

Jacqueline Bader (FDP) fragt sich, ob Polizistinnen und Polizisten, die physisch und im Umgang mit Waffen gut sein müssen, nach einer so teuren Ausbildung wirklich hinter den Schreibtisch verbannt werden sollen. Zusatzfrage zu Antwort 2: *Gäbe es nicht günstigere Lösungen (z. B. Studierende)?*

Landrats-Vizepräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, weil Regierungsrätin Kathrin Schweizer heute an der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren teilnehme, würden die Fragen durch Regierungspräsidentin Monica Gschwind beantwortet.

Antwort: Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) nimmt die Fragen auf und wird sie zur nachträglichen Beantwortung an Regierungsrätin Kathrin Schweizer weiterleiten. [vgl. [Nachtrag](#)]

6. Laura Grazioli: Polizeilich durchsetzbare Zwangsimpfung zweier Kinder

Laura Grazioli (Grüne) dankt dem Regierungsrat für die eigentlichen Nicht-Antworten. Wie sie selbst informiert ist, hat im konkreten Fall nie eine Kindesanhörung stattgefunden. Zusatzfrage 1: *Wird sich der Regierungsrat dafür einsetzen, dass das Einführungsgesetz zum ZGB unter 4.2 dahingehend ergänzt wird, dass eine laut UN-Kinderrechtskonvention verlangte Kindesanhörung vor Zwangsmassnahmen zukünftig der obligatorische Regelfall wird, das rechtliche Gehör von Veranlassenden sichergestellt und ihre Urteilsfähigkeit geprüft wird – sowohl zukünftig generell als auch im spezifischen Fall?*

Wie man es auch dreht und wendet, es ist nicht logisch, dass sich Bundesgericht und KESB an der Impfpflicht des BAG orientieren und zum Schluss kommen, dass die Empfehlungen mit Zwang durchgesetzt werden. Zusatzfrage 2: *Wird der Regierungsrat zulassen, dass die Zwangsimpfung im Kanton Basel-Landschaft gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt wird – notabene wohl einen Tag, nachdem hier im Saal die Schweizerische Bundesverfassung gross gefeiert wurde? Laura Grazioli wäre froh um eine zeitnahe Beantwortung, weil die Frist morgen abläuft.*

Marc Schinzel (FDP) sagt, es gehe nicht um die Impfung, sondern darum, dass die elterliche Verantwortung offensichtlich nicht wahrgenommen worden sei. Es handelt sich um ein Versagen der elterlichen Verantwortung. Zusatzfrage: *Was wird im Kanton unternommen, damit Polizistinnen und Polizisten nicht zum Handkuss kommen, wenn die Eltern ihre Verantwortung nicht wahrnehmen?*

Adil Koller (SP) wünscht als Zusatzfrage eine Auslegeordnung zur Gewaltenteilung.